

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großschönau und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Regau und Taucha

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.80 M. — Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72206

Insertenpreise: Die 10 Gelpalt. Kolonellsseite 85 Pfg., bei Plabovorschrift 40 Pfg. Familiennachrichten von Privaten mit 50%, Nachsch. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonellsseite 25 Pfg., Reklameseite 2 M., Inserate von auswärts: die 10 Gelpalt. Kolonellsseite 40 Pfg., bei Plabovorschrift 50 Pfg., Reklameseite 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Verhandlungen mit Dr. Brüning

Die Entscheidung über die Reichstageinberufung auf Dienstag vertagt — Der Reichskanzler in Neudeck Die Volkspartei bereitet den Rückzug vor — Starke Kursrückgänge auf der Börse — Die Reichsbank gab am Freitag erneut 150 Millionen Gold und Devisen ab

Der Beschluß der Reichstagsfraktion

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag nach mehrstündiger Aussprache folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Notverordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die werktätigen Massen auf das allerschwerste belasten. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes zur Folge haben.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Überwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken.

Die neue Notverordnung hat aber durch ihre krasse Einseitigkeit, die die unteren Volksschichten auf das schwerste belastet, die größte Erregung ausgelöst. Diese Erregung ist um so berechtigter, weil die Notverordnung Eingriffe enthält, die sozial nicht gerecht, unzweckmäßig und nutzlos sind, dabei aber ungeheuer verbitternd wirken.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt deshalb eine Änderung der Notverordnung, die den berechtigten Forderungen der breiten Massen des Volkes entspricht.

Die Fraktion hat davon Kenntnis genommen, daß der Fraktionsvorstand Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen hat, um eine durchgreifende Abänderung der Notverordnung zu erreichen. Sie wird die Entscheidung über ihre weiteren Schritte von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen.

Deshalb vertagt sich die Fraktion auf Dienstag, vormittags 9 Uhr. In der neuen Sitzung wird sie sich entscheiden, ob sie eine Einberufung des Reichstages verlangen soll.“

An der Schicksalstwende

Der Beschluß der Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die letzte Entscheidung über ihre Haltung zur Notverordnung vom 5. Juni ausgeföhrt. Sie fällt am Dienstagmittag, unmittelbar bevor der Aelterstenrat des Reichstages wieder zusammentreten wird. Dort wird die Entscheidung gefaßt, ob der Reichstag zusammentreten und ob die neue Notverordnung der Entschlußfassung des Reichstages unterworfen werden soll. Die Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben sich bereits an die Seite der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten gestellt. Beide Fraktionen haben den Beschluß gefaßt, der Einberufung des Reichstages zuzustimmen. Demzufolge steht die Entscheidung bei den Sozialdemokraten und bei der Landvolkspartei. Die Christlich-Sozialen haben eine vorläufig abwartende Stellung eingenommen.

Am Donnerstagabend haben die Genossen Luffhäuser, Breitscheid, Herz, Hilferding und Weis mit dem Reichskanzler verhandelt. Sie haben ihm alle die Bedenken vorgetragen, die von der Sozialdemokratischen Partei gegen die Notverordnung und ihren unsozialen Charakter geltend gemacht werden müssen. Sie haben es damit nicht bewenden lassen. Sie haben Herrn Dr. Brüning rücksichtslos die Auswirkungen aufgezeigt, die die Notverordnung haben muß, wenn am 1. Juli alle die Kürzungen der Unterstühtungen in der Arbeitslosenversicherung, die Kürzungen der Gehälter und dergleichen in Kraft treten werden. Sie haben auf die Zusammenstöße hingewiesen, die sich jetzt bereits in vielen Gegenden Deutschlands bemerkbar machen. Der Reichskanzler hat sich der Wichtigkeit dieser Argumente nicht zu verschließen vermocht. Er hat erklärt, daß nach seiner Rückkehr aus Neudeck, dem Sommerföh des Reichspräsidenten, die Verhandlungen mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei am Sonnabend wieder aufgenommen werden sollen. Von dem Ergebnis der Verhandlungen hängt die Entscheidung ab, die am Dienstagmittag gefaßt werden muß.

Die ersten Debatten, die in der Reichstagsfraktion am Freitag geführt worden sind, haben die einmütige Gegenerschaft der gesamten Fraktion zur Notverordnung vom 5. Juni erkennen lassen. Darüber besteht nur eine Meinung. Jeder einzelne der anwesenden Fraktionskollegen war sich ebenso gewiß, daß die Entscheidung, die am Dienstag gefaßt werden muß, die Schicksalstwende bedeuten wird, vor der nunmehr das deutsche Volk angekommen sein dürfte. Die Deutsche Volkspartei arbeitet, Hand in Hand mit der Schwerindustrie, auf ein Direktorium hin, das die Unterstühtung der Deutschnationalen, aber auch die Billigung der Nationalsozialisten finden würde. Das Direktorium ist die Vorstufe für die Legalisierung des Faschismus, aber auch dieses Direktorium wird die Probleme nicht lösen können, die die Ungunst der wirtschaftlichen Konjunktur auf die Tagesordnung gestellt hat.

Darüber sei sich heute jeder klar, daß der wirtschaftlichen und der politischen Krise mit Palliativmitteln nicht mehr gesteuert werden kann. Die Reichsbank hat während der letzten Wochen 500 Millionen Mark an Gold und Devisen abgegeben müssen. Gestern allein sind weitere 150 Millionen Mark abgeflossen. Dazu kommt ein starker Verlust ausländischer Kredite. Der Abzug dieser Kreditbeträge hat einen ganz anderen Charakter als die Flucht, welche sich unter dem politischen Eindruck der Wahlen vom 14. September ergeben hat. Damals waren die Kreditabzüge politischer Natur. Das Zentrum dieser Bestrebungen war Paris. Jetzt kündigt der Hauptgeldgeber der deutschen Wirtschaft, das amerikanische Finanzkapital, die kurzfristigen Kredite. Die Gründe dafür sind weniger politischer, als vielmehr wirtschaftlicher Natur. Die amerikanischen Finanzmächte verlieren allgemach das Vertrauen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der deutschen Republik.

Einen Gradmesser für den Stand unserer finanzpolitischen Verhältnisse bildeten die Verhandlungen über den Ueberbrückungskredit in Höhe von 250 Millionen Mark, der nunmehr gesichert scheint. Ohne die 250 Millionen Mark wäre das Reich außerstande gewesen, am 1. Juli die Zahlung für Gehälter und Löhne, für die Unterstühtungen der Kriegrentner usw. leisten zu können. Schon das signalisiert die außerordentliche Gefahr, in der wir uns zur Zeit befinden.

Dabei sei darauf hingewiesen, daß der Reichsbankpräsident,

Vor einer Diskonterhöhung

Der Zentralauschuß der Reichsbank einberufen

SPD. Berlin, 13. Juni.

Der Zentralauschuß der Reichsbank ist für heute 17 Uhr zu einer Sitzung einberufen. Die Reichsbankleitung wird dem Auschuß über eine durch die Devisenlage notwendig gewordene Diskonterhöhung eingehende Mitteilungen machen. Das Ausmaß der Erhöhung steht zur Zeit noch nicht endgültig fest. Wahrscheinlich will man die Entwicklung des heutigen Tages abwarten. Es ist jedoch mit einer Erhöhung kaum unter einem Prozent zu rechnen.

Die Reichsbank hat nach unseren Informationen seit dem 1. Juni mindestens dreiviertel Milliarden Mark abgeben müssen, die zum Teil durch Goldverkäufe beschafft worden sind und die notwendig waren, um den Devisenbedarf der deutschen Banken zu befriedigen. Das Babanquelspiel rechtsstehender Regierungsparteien und die durch die Notverordnung in Deutschland ausgelöste politische Unruhe haben das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland gemindert und dadurch zu den Vorgängen auf dem Devisenmarkt entscheidend beigetragen. Der „Bismarck“ glaubt jedoch, daß eine Diskonterhöhung zur Verteidigung der Notenbedeckung der Reichsbank nicht ausreicht und eine Kreditrestriktion, d. h. eine Einschränkung derjenigen Kredite notwendig ist, die die Reichsbank bisher ihrer Kundenchaft, d. h. in erster Linie den Banken, in Mark zur Verfügung zu stellen bereit war. Auf diesem Wege würden den Banken die Möglichkeit genommen werden, durch Zuanpruchnahme von Reichsbankkredit von der Reichsbank gegen Reichsmark Devisen zu erlangen. Die Großbanken würden zugleich gezwungen, in härterem Maße als bisher ihre eigenen Devisenforderungen im Auslande zu kündigen und den Gegenwert in Devisen nach Deutschland zu bringen. Diese Maßnahme wäre eine absolut sichere Garantie gegen jede Erschütterung der Währung.

New Yorker Notenbank kauft Reichsmark

NYB. New York, 12. Juni.

Die Reichsbank hat gestern rund 8,8 Millionen Dollar Gold auf ihrem New Yorker Depot verkauft. Zur Erleichterung der Situation hat die größte amerikanische Notenbank, die Federal Reservebank of New York, heute mit dem Ankauf von Reichsdevisen begonnen. Diese Ankäufe werden als ein Moment der Beruhigung angesehen.

Der Reichskanzler zurückgekehrt Tagung des Zentrums in Hildesheim

SPD Berlin, 13. Juni.

Der Reichskanzler ist heute vormittag von Neudeck nach Berlin zurückgekehrt.

Nachmittags begibt sich der Reichskanzler nach Hildesheim, wo am Sonntagvormittag der Parteivorstand des Zentrums mit der Zentrumsfraktion des Reichstages gemeinsame Beratungen abhält. Die Tagung ist bereits seit Wochen angefaßt und am Tage der Vertagung des Reichstages bis zum Oktober beschloffen worden. Infolge der inzwischen eingetretenen ungeheuren politischen Lage gewinnen die Beratungen der maßgebenden Zentrumsinstanzen besondere Bedeutung. Der Reichskanzler wird von diesen Instanzen die Billigung seiner Politik fordern und zweifellos auch erhalten. Dabei dürfte es jedoch ohne scharfe Kritik der Notverordnung insbesondere durch den Gewerkschaftsflügel des Zentrums nicht abgehen. Beschlüsse zu der gegenwärtigen politischen Lage sind von der Hildesheimer Tagung nicht zu erwarten.

Die angekündigte große politische Rede des Reichskanzlers in Hildesheim ist inzwischen abgefaßt worden. Der Reichskanzler wird sich lediglich vor der Zentrumsfraktion vertraulich über die Situation äußern. Abends spricht Reichsinnenminister Dr. Wirth in einer öffentlichen Versammlung.

Der Reichskanzler empfing nach seiner Rückkehr von Neudeck zunächst den Vorsitzenden der deutschen Zentrumsparlei, den Reichstagsabgeordneten Dr. Kaas.

Bremische Bürgerschaft gegen Notverordnung

WB Bremen, 13. Juni.

In der gestrigen Sitzung der Bremischen Bürgerschaft kam es zu außerordentlich erregten und stürmischen Auseinandersetzungen über sozialdemokratische, kommunistische und nationalsozialistische Dringlichkeitsanträge gegen die Notverordnung der Reichsregierung. Nach fast achtstündiger Sitzung erfolgte gegen Mitternacht die Abstimmung, in der der nationalsozialistische Antrag, der den Senat ersucht, für die Aufhebung der Notverordnung einzutreten, mit den 55 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Hausbesitzer und Kommunisten gegen 51 Stimmen angenommen wurde.